

Liechtensteiner Volksblatt

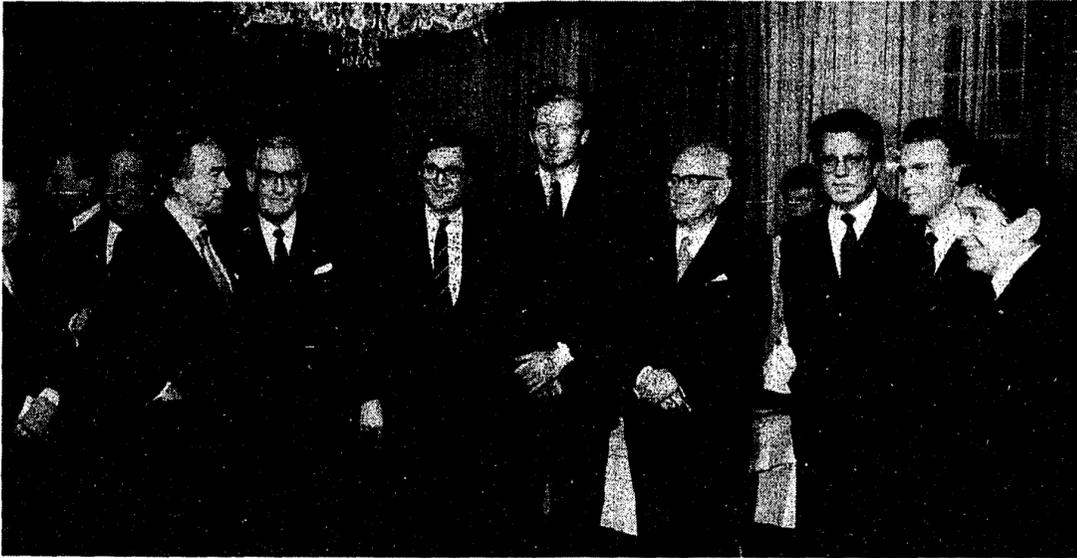
Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Bekanntnis zur kleineren politischen Gemeinschaft

Vortrag S. D. Erbprinz Hans Adam von Liechtenstein im Rahmen einer Sonderveranstaltung des Donaueuropäischen Instituts am Dienstag in Wien

Nach Meinung S.D. Erbprinz Hans Adam von Liechtenstein spricht die internationale politische Entwicklung für die kleineren Staatswesen. Der Erbprinz führt diesen Trend «teilweise auf neue Formen der internationalen Zusammenarbeit» zurück und sieht darin «teilweise eine Folge von den immer komplexer werdenden Strukturen der modernen Industriegesellschaft».

So lauten Kernsätze aus einem vielbeachteten Referat, das S. D. Erbprinz Hans Adam von Liechtenstein am Dienstag dieser Woche im Rahmen einer Veranstaltung des Donaueuropäischen Instituts zum Thema «Der moderne Kleinstaat» in Wien hielt. Das Donaueuropäische Institut, das als «Organisation für internationale Wirtschaftsbeziehungen» (IER) internationale Reputation ge-



niesst, bereitete dem Erbprinzen in Wien einen grossen Bahnhof. Rund 200 höchst-rangige Vertreter aus der internationalen Politik und Wirtschaft hatten sich im grossen Festsaal des Palais Pallavicini versammelt, als der Präsident des IER, alt Vizekanzler Dr. Fritz Bock S. D. den Erbprinzen und I. D. Erbprinzessin Marie mit herzlichen Worten begrüsst und zum Vortrag ansagte.

Im Anschluss an die Vortragsveranstaltung fand in den Festräumen des Hotels Bristol ein Abendessen im kleineren Kreise statt. Vizekanzler Dr. Bock hob hier in einer Tischrede noch einmal das hohe Ansehen hervor, das unser Land insbesondere wegen seines Fürstenhauses

in Österreich und in der ganzen Welt geniesst. In seiner Antwort dankte Erbprinz Hans Adam für die Gastfreundschaft in Wien. Namentlich hob er die Verdienste des geschäftsführenden Prokurators des IER, Günther Granser hervor, der nach dem Vortrag vom Frühjahr in München auch diese Wiener Vortragsveranstaltung vorbereitet und sich erneut Verdienste um die Korrektur des Liechtenstein-Bildes in der Welt gemacht hatte.

● Unsere Aufnahme, die am Dienstagabend im Rahmen des Abendessens im Wiener Hotel Bristol entstand, zeigt S. D. den Erbprinzen im Rahmen des Gastgeberkreises. Von links nach rechts erken-

nen wir Dr. W. Hendriks, Mitglied des Präsidiums des IER, Prof. Dr. Manfred Nayer, Mitglied der Geschäftsleitung der Swarovski Gruppe und Mitglied des LPC, den Chefredaktor des West-Ost-Journals, Otto Karner, den früheren österreichischen Botschafter in Bonn, Dr. W. Gredler, ÖVP-Generalsekretär Dr. Michael Graff, S. D. Erbprinz Hans Adam, Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock, Dr. J. Streicher, Mitglied des IER-Vorstandes, den Präsidenten der Fürst Liechtenstein Stiftung und der Bil., Christian Norgren und das Stuttgarter Präsidiums-Mitglied des IER, Dr. Lothar Strobel. - Auszüge aus dem Vortrag des Erbprinzen in Wien bringen wir in einer unserer Ausgaben der kommenden Woche.

Ausstellung in Innsbruck

Kleine Anfrage über die «Liechtensteiner Woche»

In der öffentlichen Sitzung des Landtages nahm der FBP-Abgeordnete Josef Büchel die Gelegenheit zu einer Kleinen Anfrage betreffend die Organisationsverantwortung einer Ausstellung zeitgenössischer liechtensteinischer Kunst in Innsbruck, welche im Oktober dieses Jahres stattfand, wahr. «Die Veranstalter dieser Ausstellung» - so der Regierungschef in seiner Beantwortung wörtlich - «waren die Universität Innsbruck, die Regierung des Fürstentums Liechtenstein in Zusammenarbeit mit einer Innsbrucker Galerie. Während die technischen Vorbereitungen von Presseamt und Schulamit geleistet wurden, erfolgte sowohl die Auswahl der Künstler wie auch die Auswahl der ausgestellten Bilder durch die liechtensteinische Künstlervereinigung bzw. die teilnehmenden Künstler selbst».

sche Aktionskomitee für die Erdbeben-geschädigten in Südtalien durch den freiwilligen Einsatz seiner Mitglieder und anderer Personen eine wirksame Organisation aufbauen konnte und das liechtensteinische Gewerbe durch Material und Arbeitsleistungen wesentliche Voraussetzungen für das Gelingen der geplanten Vorhaben schaffen konnte. Andererseits fand das Aktionskomitee auch die Unterstützung durch Italiener, welche in unserem Wirtschaftsraum arbeiten, aber auch durch Italiener, welche im Erdbebengebiet leben. Damit die Projekte funktionieren konnten, waren eine ganze Reihe von Voraussetzungen erforderlich, welche bei einem anderen Projekt nicht gegeben sein müssen. Im vorliegenden Fall ist das Vorgehen des Aktionskomitees sicher eine optimale Lösung gewesen. Aber diese Lösung lässt sich wahrscheinlich nicht immer bei anderen Projekten wiederholen. Abschliessend möchte ich auch an dieser Stelle den Mitgliedern des Aktionskomitees und den Gewerbetreibenden, welche sich selbstlos für diese Projekte eingesetzt haben, aber auch allen anderen Personen, welche irgendeinen Beitrag geleistet haben, danken.

Vorerst keine weitere Unterstützung

Die Regierung plant keine weiteren Unterstützungen der Geschädigten in Südtalien. Sie ist aber bereit, auch in Zukunft bei der Verwirklichung von Projekten mitzuhelfen. Solche Projekte könnten sowohl von liechtensteinischen Aktionskomitees kommen, als auch von privaten Hilfsorganisationen. So ist der Regierung bekannt, dass die Caritas weitere Hilfsmöglichkeiten überprüft. Massgeblich für die Frage, ob die Regierung weitere Beiträge leisten wird, ist die Qualität von allenfalls zur Unterstützung eingereichten Projekten. Bis heute sind keine Anträge bei der Regierung eingelangt.

Hilfe für private Initiativen

Die Frage nach dem Weg, auf welchem allenfalls weitere Unterstützung an die Erdbebenbeschädigten in Italien geleistet wird, ist teilweise schon beantwortet. Es dürfte Einigkeit zwischen Regierung und Landtag bestehen, dass die Regierung keine direkten Aktionen unternimmt. Die Regierung ist aber gewillt, private Initiativen zu unterstützen. Eine Unterstützung wird daher immer entweder über liechtensteinische Organisationen oder über private Organisationen wie das Rote Kreuz oder die Caritas erfolgen müssen. Die Regierung wird dabei jeweils zu überprüfen haben, ob diese Organisationen in der Lage sind, für einen wirkungsvollen Einsatz der Mittel zu sorgen.

Im Blickpunkt

Jugend und Politik

Im Mittelpunkt der diesjährigen internationalen Bodenseetagung christlicher Politiker, welche am letzten Samstag auf Schloss Hofen (Lochau) stattfand, stand das Thema «Jugend auf dem Weg zur politischen Verantwortung». Wir haben mit Regierungsrat-Stellvertreter Gebhard Näscher (Gamprin) ein Gespräch über die Tagung geführt, welches wir im Innern der vorliegenden Ausgabe veröffentlichen.

Der Vorsteher hat das Wort

Im Rahmen unserer Sonderserie im Gespräch mit unseren Vorstehern, veröffentlichen wir heute ein Interview mit dem Triesenberger Vorsteher Alfons Schädler, welches unser Mitarbeiter Lehrer Josef Eberle, Triesenberg, geführt hat. Bis jetzt sind die Vorsteher von Schellenberg, Gamprin, Ruggell und Balzers zu Wort gekommen. Die Sonderreihe wird am nächsten Wochenende fortgesetzt.

Neue Gesetzesgrundlage für die Entwicklungshilfe

Entwurf der Regierung

Auf die Anfrage des FBP-Fraktions-sprechers und Landtagsabgeordneten Josef Biedermann betreffend die Neuregelung der gesetzlichen Grundlagen für die liechtensteinische Entwicklungshilfe nahm der Regierungschef am Schluss der öffentlichen Landtagssitzung folgendermassen Stellung:

Es ist richtig, dass die Regierung anlässlich der Beratungen zum Budget 1982 im Landtag angekündigt hat, dass sie die gesetzlichen Grundlagen für die liechtensteinische Entwicklungshilfe neu regeln will. Die Ausarbeitung des Gesetzes wurde im laufenden Jahr an die Hand genommen. Ein vom Ressort «Äusseres» ausgearbeiteter Entwurf liegt nun vor. Dieser Entwurf wird der Regierung in einer der kommenden Sitzungen zur Behandlung vorgelegt. Die Regierung wird den Entwurf den interessierten Organisationen anschliessend zur Vernehmlassung zustellen. Da diese Organisationen bereits bei der Ausarbeitung des Berichtes mitarbeiten konnten, dürfte eine verhältnismässig kurze Vernehmlassungsfrist für die Einholung der Stellungnahmen ausreichen. Die Regierung wird nach nochmaliger Bereinigung des Entwurfes darauffolgend dem Landtag Bericht und Antrag erstatten. Die Regierungsvorlage wird voraussichtlich im Frühjahr 1983 dem Landtag zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Lohnender Beitrag für Erdbebenbeschädigte

Kleine Anfrage des FBP-Abgeordneten Noldi Frommelt über Erfahrungen mit der Hilfe für Erdbebenbeschädigte in Italien

In bezug auf die liechtensteinische Hilfe für Erdbebenbeschädigte in Südtalien wollte der FBP-Abgeordnete Noldi Frommelt, Schaan, im Rahmen der Fragestunde in der öffentlichen Sitzung des Landtages vom vergangenen Mittwoch wissen, welche Erfahrungen man mit der Erdbebenhilfe gemacht habe, ob weitere Unterstützungen in Südtalien geplant sind und - wenn ja - welchen Weg man bei einer allfälligen weiteren Hilfe einschlägt. Zu den aufgeworfenen Fragen

gab Regierungschef Hans Brunhart die nachstehende Stellungnahme ab.

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 12. Oktober 1982 den Schlussbericht des liechtensteinischen Aktionskomitees für die Erdbebenbeschädigten in Südtalien zur Kenntnis genommen. Im Schlussbericht wird die Verwirklichung der Projekte Teora, Schule Neapel, die Finanzierung der Backofen von Teora und Castelnuovo di Conza und die Gründung einer Genossenschaft in Teora dargestellt.

Aufgrund dieses Berichtes und weiterer der Regierung zur Verfügung stehenden Informationen kann über diese Hilfe an die Erdbebenbeschädigten in Südtalien folgendes ausgesagt werden:

Mit persönlichem Einsatz und finanziellen Mitteln von Privaten, der Gemeinden und des Landes konnte Liechtenstein einen wirksamen Beitrag für die Erdbebenbeschädigten in Südtalien leisten. Diese Projekte konnten nur verwirklicht werden, weil einerseits das liechtensteini-

Kompromissformel

Gesetz über die staatliche Pensionsversicherung verabschiedet

Für den «Normalbürger» ist es nicht unbedingt leicht verständlich, dass sich der Landtag über mehrere Sitzungen hinweg und stundenlang mit dem wirtschaftlichen Gesundheitszustand der staatlichen Pensionsversicherung herumschlagen hat. Es wurde so viel zu diesem Thema geredet und geschrieben, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Am Ende gab es dann eine Kompromissformel, die es auch der FBP-Fraktion ermöglichte, der Regierungsvorlage zur Sanierung der maroden Pensionsversicherung für Staatsangestellte und Lehrer zuzustimmen.

Konkret geht es darum, das versicherungsmathematische «Loch» von 13,8 Millionen Franken so schnell wie möglich zu stopfen. Anstatt, wie von der Regierung vorgeschlagen, jährlich zusätzliche Mittel aus dem allgemeinen Staatshaushalt in die dahinsiechende Pensionsversicherung zu pumpen und

damit das Ubel in Grenzen zu halten, plädierte die FBP-Fraktion für eine möglichst schnelle Sanierung: mit dem Ziel, dann auf der wiedergeschaffenen, gesunden Finanzbasis unter Beteiligung sowohl der versicherten Staatsbeamten wie des Staates Beitragssätze zu vereinbaren, die uns in Zukunft vor grösseren Defiziten schützen. Die Defizite sind bekanntlich in den letzten acht Jahren entstanden, weil man aufgrund von zu optimistischen Gutachten die Beiträge gesenkt und die Leistungen der Pensionsversicherung erhöht hatte.

Die FBP-Fraktion konnte dem Kompromiss zustimmen, nachdem sich die Regierung bereit erklärt hatte, einen Finanzbeschluss vorzubereiten, der Vorschläge zu einer möglichst schnellen Sanierung des Defizits macht. Dadurch soll die Sicherheit der künftigen Pensionen gewährleistet werden.

Auch der FBP-Vorschlag, die vorgesehenen «Sonderbeiträge» des Staates in vernünftigen Grenzen zu halten und damit auf Dauer keine Pensionsversicherung mit überhöhten öffentlichen Subventionen als «Konkurrenz» zur Privatwirtschaft zu dulden, wird im Landtagsprotokoll seinen Niederschlag finden.

Einmal saniert, sollte es aufgrund der geplanten Massnahmen und Absichtserklärungen möglich sein, die versicherungstechnische Hochrechnung immer auf dem Grundsatz der Prämienleistung von 12 Prozent durchzuführen.

Die langen Diskussionen um die Pensionsversicherung haben vielleicht manchen Zuhörer in den Landtagssitzungen ermüdet und manchen Zeitungsleser überfordert. Sie zeugen aber von der Ernsthaftigkeit, mit der sich unsere Volksvertretung vorab die FBP-Fraktion mit dieser doch sehr komplexen und komplizierten Materie auseinandergesetzt hat. Und dies in einer Sache, in der kaum parteipolitische Strömungen zu gewinnen waren. W. B. WOHLWEND